VENRO

VERBAND ENTWICKLUNGSPOLITIK
UND HUMANITÄRE HILFE

Das Global Forum on Migration and Development (GFMD) 2017:

MIGRATION RECHTEBASIERT & ENTWICKLUNGSORIENTIERT GESTALTEN

Forderungen der deutschen Zivilgesellschaft an die Bundesregierung

Anwältinnen ohne Grenzen e.V. Deutschland

agisra
Arbeitsgemeinschaft gegen internationale sexuelle und rassistische Ausbeutung e. V.

BAGIV
Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantenverbände in Deutschland

BBE
Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement

CAMFOMEDICS

Campaign for Good Governance of International Unity in Africa

DaMigra
Dachverband der Migrantinnenorganisationen

Deutsch-Marokkanisches Kompetenznetzwerk e.V.

DPI
DIASPORA POLICY INSTITUTE

EUROPEAN NETWORK
ENFiD
DEUTSCHLAND ALEMANYA GERMANY
OF FILIPINO DIASPORA

ISD
Initiative Schwarze Menschen in Deutschland e.V.

INTERNATIONAL RESCUE COMMITTEE

Kamerun4AfrikaClub e.V.
Einmal Zukunft, bitte!

KGD ITT
KURDISCHE GEMEINDE DEUTSCHLAND
CIVAKA KURD LI ALMANYA

MEDIBÜRO KIEL
MEDIZINISCHE HILFE FÜR MENSCHEN OHNE PAPIERE

MEPa e.V.
Migration-Entwicklung-Partizipation

NARUD
Network African Rural and Urban Development e.V.

Netzwerk politik|atelier e.V.

NEUE DEUTSCHE ORGANISATIONEN.

Philippinisches Diaspora Netzwerk für Integration und Entwicklungszusammenarbeit
PHILNETZ.EV.

The Bridge e.V.

TRANSKULTUR
Interkulturelle Projektagentur

Zentralrat der Serben in Deutschland
Централни савет Срба у Немачкој
ZSD

VORWORT

Gemeinsam mit Marokko hat Deutschland für 2017 und 2018 den Vorsitz des *Global Forum on Migration and Development* (GFMD) übernommen. Der Vorsitz fällt in eine Zeit des erstarkenden Nationalismus und Rechtspopulismus, deren Unterstützer_innen Ängste und Ressentiments vor Migration in der Öffentlichkeit bewusst schüren und diese für sich instrumentalisieren. Zugleich setzt sich aber in der Fachdiskussion die Einsicht durch, dass Migration mit weitreichenden Entwicklungschancen verbunden ist – nicht nur für die Migrierenden und ihre Herkunftsgesellschaften, sondern auch für die Zielländer von Migration. Zudem wird Migration zunehmend als globales Phänomen anerkannt, das international diskutiert und gestaltet werden muss. Nach wie vor mangelt es im Bereich Migrationspolitik jedoch an internationalen Governance-Strukturen.

Das GFMD ist 2006 aus dem ersten hochrangigen Dialog zu Migration und Entwicklung der Vereinten Nationen (VN) hervorgegangen und dient dem regelmäßigen informellen Austausch zwischen den Akteur_innen aus Politik, Zivilgesellschaft, Privatwirtschaft und Wissenschaft weltweit. Auch soll es dazu genutzt werden, an den migrationspolitisch relevanten Prozessen auf internationaler Ebene aktiv mitzuwirken. Vor diesem Hintergrund und in Anbetracht der bislang fehlenden Unterstützung für internationale Rechtsnormen im Umgang mit Migration sehen wir als deutsche Zivilgesellschaft im GFMD eine wichtige Dialogplattform auf dem Weg zur Realisierung von verbindlicheren Politikansätzen und Konzepten auf globaler Ebene. Bei der Integration des Themas Migration in die Agenda 2030 hat das GFMD bereits eine wichtige Rolle gespielt. Nun geht es neben der Konkretisierung und Umsetzung der migrationsspezifischen Ziele für Nachhaltige Entwicklung (*Sustainable Development Goals* / SDG 8.8. und 10.7) vor allem um die Erarbeitung des *Global Compact on save, orderly and regular Migration*, den die internationale Staatengemeinschaft 2018 verabschieden möchte. Auch kann das GFMD aus unserer Sicht dazu beitragen, ein positives Verständnis von Migration nach außen zu tragen.

Mit der Übernahme des Ko-Vorsitzes demonstriert die Bundesregierung ihre Bereitschaft, sich in die internationale Debatte federführend einzubringen. Wir begrüßen dieses Engagement. Zugleich sehen wir folgenden Handlungsbedarf.

VENRO-PROJEKT ZUR STÄRKUNG DER DEUTSCHEN ZIVILGESELLSCHAFT IM ZUGE DES GFMD-PROZESSES

Das vorliegende Papier ist das Ergebnis eines breiten Konsultationsprozesses der deutschen Zivilgesellschaft im Bereich Migration und Entwicklung. Der Prozess wurde von VENRO koordiniert und ist ein zentraler Bestandteil des VENRO-Projekts zur Stärkung der deutschen Zivilgesellschaft im Rahmen des GFMD.
Das Projekt wird von der Robert Bosch Stiftung unterstützt und begleitet und läuft von Januar bis Juli 2017. In dieser Zeit werden verschiedene Maßnahmen umgesetzt, die der zivilgesellschaftlichen Vernetzung, dem gemeinsamen Setzen von Schwerpunkten und der Öffentlichkeitsarbeit in Bezug auf GFMD-Themen dienen. Der Verband fungiert darüber hinaus als Kontaktstelle für die internationale Zivilgesellschaft. Auf diese Weise werden die GFMD-Prozesse auf den verschiedenen Ebenen miteinander verknüpft. Es ist geplant, den Prozess bis zum GFMD in Marokko 2018 fortzuführen.

▶ **Weitere Informationen zum Projekt können der Projektseite der VENRO-Homepage entnommen werden.**

MIGRATION RECHTEBASIERT UND ENTWICKLUNGSORIENTIERT GESTALTEN

Migration ist gesellschaftliche Normalität und kann ein wichtiger Faktor menschlicher Entwicklung sein, oft findet sie jedoch unter äußerst prekären Bedingungen statt. Migrantinnen und Migranten sind häufig schutzlos gegen Benachteiligung, Ausbeutung, Diskriminierung oder gewaltsame Übergriffe.

Für eine menschenrechtsbasierte Migrationspolitik

Vor diesem Hintergrund fordern wir eine menschenrechtsbasierte Migrationspolitik. Sie muss die entsprechenden Rahmenbedingungen in partnerschaftlicher Zusammenarbeit zwischen Herkunfts-, Transit- und Zielländern legen und den Migrierenden den Zugang zu ihren Rechten sowie Teilhabe- und Mitbestimmungsmöglichkeiten garantieren – unabhängig von Aufenthaltsstatus und Herkunft. Gerade auch im Rahmen der GFMD-Diskussionen sollte diese Zielrichtung handlungsleitend sein.

Vermittlung eines positiven, entwicklungsorientierten Migrationsverständnisses

Migrationspolitik sollte nicht dominiert von sicherheits- und innenpolitischen Interessen oder gar als Reflex auf das Erstarken rechtspopulistischer und nationalistischer Bewegungen betrieben werden. Migration gehört zur Geschichte und Zukunft der Menschheit. Sie ist weder Verbrechen noch ein Problem – vielmehr hat sie das Potenzial zur Entwicklung beizutragen. Wird reguläre Mobilität ermöglicht und mit entwicklungspolitischen Maßnahmen flankiert, können zahlreiche Entwicklungspotenziale, die in Diversität und grenzüberschreitender Mobilität liegen, genutzt werden. Migration ist zudem ein wichtiges Instrument des internationalen sozialen Ausgleichs. Wir fordern die Bundesregierung deshalb dazu auf, die Berliner GFMD-Konferenz 2017 ganz bewusst dafür zu nutzen, die vielfältigen positiven Wirkungen, die Migration auf die Entwicklung sowohl der Herkunftsgesellschaften als auch der Zielländer haben kann, stärker in die Öffentlichkeit zu tragen.

Reguläre Migrationsmöglichkeiten ausbauen

Wir sehen den dringenden Bedarf, deutlich mehr reguläre Migrationsmöglichkeiten zu schaffen. Dabei darf es nicht nur um die wirtschaftlichen Interessen der Aufnahmeländer und der dortigen Unternehmen gehen. Die Interessen der Herkunftsgesellschaften im Rahmen von Anwerbepraktiken sowie die Rechte der Migrant_innen müssen ebenso ernst genommen und berücksichtigt werden. Das bedeutet auch, dass zusätzliche Migrationsmöglichkeiten für Menschen mit geringeren Qualifikationen geschaffen werden müssen und dass das Recht auf Familiennachzug für Arbeitsmigrant_innen gestärkt wird.

Im Kontext von Arbeitsmigration besteht ein großer Handlungsbedarf, die Portabilität von Sozialversicherungen und die Anerkennung von Qualifikationen zu erleichtern. Auch müssen private Unternehmen stärker in die Pflicht genommen werden, dafür Sorge zu tragen, dass in ihren Betrieben sowie innerhalb ihrer Zulieferketten Arbeitsstandards und Arbeitnehmerrechte eingehalten werden. Diese Verantwortung muss sich auch auf den Bereich der Rekrutierung der von ihnen beschäftigten Arbeitsmigrant_innen erstrecken. Die bisherige Erfahrung zeigt, dass freiwillige Selbstverpflichtungen hier nicht ausreichen.

Mit den binationalen Berufsbildungspartnerschaften, den *Global Skill Partnerships*, die beim GFMD in Berlin Thema sein werden, besteht eine Initiative, die dazu beitragen kann, reguläre Migrationswege auszubauen. Dabei ist zu beachten, dass Partnerschaftsmodelle so angelegt sein müssen, dass die Interessen und Rechte der Arbeitsmigrant_innen ausreichend Beachtung finden.

Schutz und Rechte für undokumentierte Migrant_innen verbessern

Beim GFMD in Berlin soll es vorrangig um reguläre Migration gehen. Doch selbst bei einer deutlichen Ausweitung regulärer Migrationswege wird es weiterhin Migrant_innen geben, die sich aus den unterschiedlichsten Gründen außerhalb dieser Regelungen bewegen und über Einreise, Aufenthalt oder Beschäftigung in einen undokumentierten Status geraten. Auch für sie müssen ein angemessener Schutz und Rechte garantiert sein. Hier besteht ein großer Handlungsbedarf. Dies muss im Rahmen der GFMD-Konferenz entsprechend berücksichtigt werden.

Ratifizierung der bestehenden Konventionen zum Schutz von Migrant_innen

Mit der UN-Wanderarbeitnehmerkonvention und entsprechenden Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (International Labour Organization / ILO) gibt es bereits konkrete rechtliche Rahmenwerke zum Schutz von Migrant_innen und ihrer Familienangehörigen. Die Mehrzahl der klassischen Zielländer hat ihre Ratifizierung jedoch bislang verweigert. Auch Deutschland muss der Ratifizierung der UN-Konvention und migrationsrelevanter ILO-Konventionen noch zustimmen. Hierzu gehören unter anderem das Übereinkommen über Missbräuche bei Wanderungen und die Förderung der Chancengleichheit und Gleichbehandlung der Wanderarbeitnehmer_innen von 1975 (Nr. C143) und das Übereinkommen über private Arbeitsvermittler_innen von 1997 (C181).

Keine Instrumentalisierung der Entwicklungszusammenarbeit

Durch ein Zusammenwirken mit anderen politischen Handlungsfeldern kann Entwicklungszusammenarbeit Ursachen für erzwungene Migration und Flucht mindern und so einen Beitrag dazu leisten, dass Migration das Ergebnis selbstbestimmter Entscheidungen ist. Entwicklungszusammenarbeit darf nicht als Instrument genutzt werden, Herkunfts- und Transitländer zu einem Migrationsmanagement zu bewegen, das vorrangig auf eine Begrenzung oder Eindämmung von Migration in die EU abzielt und mit nachhaltiger Entwicklung nicht vereinbar ist. Eine Konditionalisierung der Entwicklungsgelder in diesem Sinne steht im Widerspruch zu dem, was sich das GFMD zur Aufgabe gemacht hat, nämlich die positiven Wechselwirkungen von Migration und Entwicklung zu stärken.

WIR FORDERN DIE BUNDESREGIERUNG DAZU AUF, ALS KO-VORSITZENDE IM RAHMEN DES GFMD

- ein deutliches Zeichen gegen Rechtspopulismus und Fremdenfeindlichkeit zu setzen und ein positives Migrationsverständnis nach außen zu kommunizieren,
- sich klar von einer Instrumentalisierung der Entwicklungszusammenarbeit zur Durchsetzung eines restriktiven Migrationsmanagements zu distanzieren,
- sich für eine Migrationspolitik einzusetzen, die an den Rechten regulärer und undokumentierter Migrant_innen orientiert ist und deren Teilhabe sowie Mitbestimmung ermöglicht – dazu gehört auch die Ratifizierung der UN-Wanderarbeitnehmerkonvention sowie entsprechender ILO-Konventionen,
- dafür einzutreten, dass deutlich mehr reguläre Migrationswege geschaffen werden, die am Bedarf aller Beteiligten orientiert sind, darunter auch Familienangehörige und Menschen mit geringeren Qualifikationen.

MIGRATIONSSPEZIFISCHE ZIELE DER AGENDA 2030 VORAN BRINGEN

Die von den VN beschlossenen Ziele für Nachhaltige Entwicklung sind bereits in ihrer Gesamtheit migrationspolitisch von zentraler Bedeutung, können sie doch dazu beitragen, dass Migration das Ergebnis freier Entscheidungen ist und nicht Folge mangelhafter Lebens- und Entwicklungsperspektiven.

Die migrationspolitischen Agenda-Ziele 8.8 und 10.7 sind ein wichtiges Instrument zur Stärkung der internationalen Verantwortung in Fragen der Migration. Die Mitgliedsstaaten der VN haben sich damit konkret zu folgenden Zielen bekannt:

- SDG 8.8: Die Arbeitsrechte schützen und sichere Arbeitsumgebungen für alle Arbeitnehmer_innen, einschließlich der Wanderarbeitnehmer, insbesondere der Wanderarbeitnehmerinnen, und der Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen fördern.
- SDG 10.7: Eine geordnete, sichere, reguläre und verantwortungsvolle Migration und Mobilität von Menschen erleichtern, unter anderem durch die Anwendung einer planvollen und gut gesteuerten Migrationspolitik.

Die zum Teil vagen Zielformulierungen gilt es, durch geeignete Indikatoren mit Inhalt zu füllen. Hierbei fordern wir eine stärkere rechtebasierte Ausrichtung der Operationalisierung.

Das GFMD sollte einen konkreten Beitrag zu einer menschenrechtsbasierten Umsetzung und Weiterentwicklung der migrationspolitischen Agenda-Ziele leisten. Wir begrüßen daher, dass im aktuellen GFMD-Konzept ein Erfahrungsaustausch hinsichtlich der Implementierung dieser Ziele vorgesehen ist. Für die Zukunft halten wir es für sinnvoll, eine regelmäßige Berichterstattung über den Fortschritt der Umsetzung beim GFMD-Prozess zu etablieren. Da die Zivilgesellschaft in die Umsetzung der Agenda 2030 ebenfalls eingebunden ist, sollte sie an diesen Prozessen direkt beteiligt werden.

WIR FORDERN DIE BUNDESREGIERUNG DAZU AUF, SICH ALS KO-VORSITZENDE DES GFMD ZU ENGAGIEREN FÜR

- eine rechtebasierte Konkretisierung und Umsetzung der migrationsspezifischen Agenda-Ziele,
- die Etablierung einer regelmäßigen Berichterstattung über die Fortschritte dieser Ziele im Rahmen zukünftiger GFMD-Treffen – sowohl vonseiten der Regierungen als auch der Zivilgesellschaft,
- die Möglichkeit der Zivilgesellschaft, diese Berichterstattung zu kommentieren und korrektive Maßnahmen vorzuschlagen.

DEN WEG FÜR EINEN EHRGEIZIGEN GLOBAL COMPACT ON MIGRATION BEREITEN

Im *Global Compact on save, orderly and regular Migration* sehen wir die Chance, den Grundstein einer entwicklungsorientierten und menschenrechtsbasierten Migrationsgovernance auf internationaler Ebene zu legen. Von zentraler Bedeutung ist dabei die Einigung auf eine hohe Verbindlichkeit. Dazu müssen im *Global Compact* klare Ziele und Indikatoren benannt und eine regelmäßige Überprüfung der Umsetzung vorgeschrieben werden. Inhaltlich muss der *Compact* an der Agenda 2030 orientiert sein, an die bestehenden internationalen rechtlichen Rahmenwerke wie die UN-Wanderarbeitnehmerkonvention und entsprechenden ILO-Konventionen anschließen und bestehende Lücken dieser Rahmenwerke füllen.

Um zu einem gemeinsamen Verständnis über die Ausgestaltung und Reichweite des *Compact* zu kommen, ist es wichtig, sich im Rahmen des GFMD mit den Kernthemen des *Global Compact* wie Ursachen erzwungener Migration, strukturelle Rahmenbedingungen von Migration oder Schutz vor Diskriminierung und Gewalt auseinanderzusetzen.

WIR FORDERN DIE BUNDESREGIERUNG DAZU AUF, SICH FÜR EINEN EHRGEIZIGEN COMPACT EINZUSETZEN, DER

- eine hohe rechtliche Verbindlichkeit hat und eine entwicklungsorientierte sowie rechtebasierte Migrationspolitik auf globaler Ebene etablieren kann,
- klare, an der Agenda 2030 orientierte Ziele formuliert, konkrete Implementierungsmechanismen benennt und eine regelmäßige Überprüfung des Umsetzungsprozesses anhand messbarer Indikatoren vorschreibt,
- durch eine Anknüpfung an die UN-Wanderarbeitnehmerkonvention als auch an die entsprechenden ILO-Konventionen in bestehende internationale rechtliche Rahmenwerke eingebunden ist und zugleich die Lücken dieser Rahmenwerke füllt.

FORTSETZUNG DER ZIVILGESELLSCHAFTLICHEN PARTIZIPATION BEIM GFMD UND DARÜBER HINAUS

Im Rahmen des GFMD haben zivilgesellschaftliche Akteur_innen nach wie vor kaum Zugang zu den Treffen der Regierungsvertreter_innen an den Runden Tischen. Hier fordern wir mehr Möglichkeiten, sich als Zivilgesellschaft aktiv einbringen zu können. Die Beteiligung der Arbeitgeberseite am GFMD in Form eines *Business Mechanism* war aus unserer Sicht ein sinnvoller Schritt. Notwendig ist aber hierbei immer auch, eine angemessene Vertretung der Arbeitnehmerseite sicher zu stellen.

Um über das GFMD hinaus den *Global Compact* und die Agenda 2030 auf internationaler Ebene begleiten zu können, muss der Zugang für zivilgesellschaftliche Akteure auch hier gesichert sein.

Auf deutscher Ebene wollen wir den Austausch zu einer entwicklungsorientierten Migrationspolitik weiter fortsetzen. Dazu werden wir uns als Zivilgesellschaft über das GFMD in Marokko hinaus weiter vernetzen und in den Diskurs einbringen. Zudem werden wir uns dafür einsetzen, dass gerade auch migrantische Vereine deutlich stärker in entwicklungspolitische Prozesse eingebunden werden, um somit ihre vielfältigen Potenziale sowohl für Deutschland als auch für die Heimatländer weiter entfalten zu können. Der begonnene Dialog mit der Bundesregierung zu Migration und Entwicklung sollte weiter etabliert und unter Federführung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung noch stärker ressortübergreifend im Rahmen eines kohärenten Gesamtregierungsansatzes ausgerichtet werden, also unter anderen auch das Innen-, das Wirtschafts- und das Arbeitsressort mit einbeziehen.

WIR FORDERN DIE BUNDESREGIERUNG DAZU AUF,

- sich im Rahmen ihres bis 2018 reichenden Ko-Vorsitzes des GFMD und auch darüber hinaus für mehr Beteiligungsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft an den Runden Tischen einzusetzen,
- den Zugang zu weiteren internationalen Prozessen neben dem GFMD für zivilgesellschaftliche Akteure zu sichern,
- Arbeitsstrukturen in Deutschland zu etablieren, über die sich zivilgesellschaftliche Organisationen gemeinsam mit verschiedenen Ressorts der Bundesregierung regelmäßig zur Ausgestaltung einer entwicklungsorientierten und rechtebasierten Migrations- und Integrationspolitik austauschen können.

IMPRESSUM

Herausgeber

Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO)
Stresemannstraße 72
10963 Berlin

Telefon: 030 263 9299-10
Fax: 030 263 9299-99
E-Mail: sekretariat@venro.org
Internet: www.venro.org

Redaktion: Dr. Bernd Bornhorst, Anke Kurat, Astrid Müller, Dr. Klaus Seitz (VENRO), Nils Utermöhlen (Brot für die Welt)
Endredaktion: Steffen Heinzelmann

Layout: Daniela Rusch, dieprojektoren.de

Berlin, Juni 2017

Der Prozess der Koordinierung der zivilgesellschaftlichen Aktivitäten in Vorbereitung des GFMD und die Erarbeitung dieses Papiers wurden unterstützt durch die

Robert Bosch Stiftung

MITGLIEDSORGANISATIONEN

(Stand: Januar 2017)

A

action medeor
ADRA Deutschland
Aktion Canchanabury
AMICA
Andheri-Hilfe Bonn
Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland
Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke in Deutschland (agl)
Arbeitsgemeinschaft Entwicklungsethnologie
Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe (AGEH)
arche noVa
Ärzte der Welt
ASW – Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt
AT-Verband
AWO International

B

Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit (bezev)
BONO-Direkthilfe
BORDA
Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst
Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ)
Bundesvereinigung Lebenshilfe

C

CARE Deutschland-Luxemburg
Caritas International
Casa Alianza – Kinderhilfe Guatemala
CHANGE
ChildFund Deutschland
Christliche Initiative Romero
Christoffel-Blindenmission Deutschland

D

Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg (DEAB)
Das Hunger Projekt
DED-Freundeskreis*
Deutsche Entwicklungshilfe für soziales Wohnungs- und Siedlungswesen (DESWOS)
Deutsche Kommission Justitia et Pax
Deutsche Lepra- und Tuberkulosehilfe (DAHW)
Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW)
Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
Deutsches Komitee Katastrophenvorsorge
DGB-Bildungswerk BUND – Nord-Süd-Netz
Difäm – Deutsches Institut für Ärztliche Mission
Don Bosco Mondo
DVV International – Institut für Internationale Zusammenarbeit des Deutschen Volkshochschul-Verbandes

E

Eine Welt Netz NRW
Eine Welt Netzwerk Hamburg
EIRENE – Internationaler Christlicher Friedensdienst
EMA – Euro-Mediterranean Association for Cooperation and Development
EPIZ – Entwicklungspolitisches Bildungszentrum Berlin
Erlassjahr.de – Entwicklung braucht Entschuldung*
Evangelische Akademien in Deutschland (EAD)

F

Fairventures Worldwide
FIAN Deutschland
FUTURO SÍ

G

Gemeinschaft Sant´Egidio
German Doctors
German Toilet Organisation
Germanwatch

H

Habitat for Humanity Deutschland
Handicap International
Help – Hilfe zur Selbsthilfe
HelpAge Deutschland
Hilfswerk der Deutschen Lions
Hoffnungszeichen / Sign of Hope
humedica

I

Indienhilfe
INKOTA-netzwerk
Internationaler Bund (IB)
Internationaler Hilfsfonds
International Justice Mission Deutschland
Internationaler Ländlicher Entwicklungsdienst (ILD)
Internationaler Verband Westfälischer Kinderdörfer
Islamic Relief Deutschland

J

JAM Deutschland
Jambo Bukoba
Johanniter-Auslandshilfe

K

KAIROS Europa
Karl Kübel Stiftung für Kind und Familie
KATE – Kontaktstelle für Umwelt und Entwicklung
Kindernothilfe
Kinderrechte Afrika

L

Lateinamerika-Zentrum
Lichtbrücke

M

Malteser International
Marie-Schlei-Verein
materra – Stiftung Frau und Gesundheit
medica mondiale
medico international
MISEREOR
Missionsärztliches Institut Würzburg

N

NETZ Bangladesch

O

Ökumenische Initiative Eine Welt
OIKOS EINE WELT
Opportunity International Deutschland
Ora International Deutschland
OroVerde – Die Tropenwaldstiftung
Oxfam Deutschland

P

Plan International Deutschland

R

Rhein-Donau-Stiftung

S

SALEM International
Samhathi – Hilfe für Indien
Save the Children Deutschland
Senegalhilfe-Verein
Senior Experten Service (SES)
Society for International Development Chapter Bonn (SID)
SODI – Solidaritätsdienst International
Sozial- und Entwicklungshilfe des Kolpingwerkes (SEK)
Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF)
Stiftung Nord-Süd-Brücken
SÜDWIND – Institut für Ökonomie und Ökumene
Susila Dharma – Soziale Dienste

T

Terra Tech Förderprojekte
TERRE DES FEMMES
terre des hommes Deutschland
Tierärzte ohne Grenzen
TransFair

V

Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen (VEN)
Verbund Entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs (VENROB)

W

W. P. Schmitz-Stiftung
WEED – Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung
Weltfriedensdienst
Weltgebetstag der Frauen – Deutsches Komitee
Welthaus Bielefeld
Welthungerhilfe
Weltladen-Dachverband
Weltnotwerk der KAB Deutschlands
Werkhof Darmstadt
Werkstatt Ökonomie
World University Service
World Vision Deutschland

Z

Zukunftsstiftung Entwicklung bei der GLS Treuhand

* Gastmitglied

VENRO hat aktuell 127 Mitglieder.

VENRO

VERBAND ENTWICKLUNGSPOLITIK
UND HUMANITÄRE HILFE

VENRO ist der Dachverband der entwicklungspolitischen und humanitären Nichtregierungsorganisationen (NRO) in Deutschland. Der Verband wurde im Jahr 1995 gegründet. Ihm gehören aktuell rund 130 Organisationen an. Sie kommen aus der privaten und kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit, der Humanitären Hilfe sowie der entwicklungspolitischen Bildungs-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit.

Das zentrale Ziel von **VENRO** ist die gerechte Gestaltung der Globalisierung, insbesondere die Überwindung der weltweiten Armut. Der Verband setzt sich für die Verwirklichung der Menschenrechte und die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen ein.

VENRO

- vertritt die Interessen der entwicklungspolitischen und humanitären NRO gegenüber der Politik
- stärkt die Rolle von NRO und Zivilgesellschaft in der Entwicklungspolitik und Humanitären Hilfe
- vertritt die Interessen der Entwicklungsländer und armer Bevölkerungsgruppen
- schärft das öffentliche Bewusstsein für entwicklungspolitische und humanitäre Themen

VENRO – Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen

www.venro.org